1. Das Land

Marco Meriggi

Regionalismus: Relikt der Vormoderne oder Vorbote der Postmoderne?*

Da es bei dem vorliegenden Thema vor allem darauf ankommt, die geistige Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie in der italienischen und deutschen Geschichte in dem Jahrhundert zwischen 1860 und 1960 zu vergleichen, muß der Begriff Regionalismus meiner Ansicht nach flexibel und ohne strenge Begrenzung benutzt werden. In diesem Sinne ist Regionalismus zu verstehen als Ausdruck des Zugehörigkeitsgefühls zu einer lokalen Identität, die einerseits nicht notwendigerweise mit den Grenzen der Region übereinstimmen muß, und zum anderen im Laufe der Zeit sowohl räumlichen als auch inhaltlichen Veränderungen unterworfen sein kann. Im folgenden werde ich dies begründen und mich dabei vor allem auf die Zeit von der nationalen Einigung der beiden Länder bis zum Ersten Weltkrieg und nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Zeit bis 1960 beziehen.

In Deutschland ist meines Erachtens in der ersten Phase, die ich in Betracht ziehen will, unter Regionalismus das Überleben der alten Staaten – mit ihren herrschenden Dynastien, lokalen Institutionen und unabhängigen Verwaltungsapparaten – innerhalb der föderalen Struktur des Reiches zu verstehen. Mit anderen Worten, im Kaiserreich stellen die Regionen nicht periphere Gliederungen zentraler staatlicher Institutionen dar, sondern sind selbst diese staatlichen Institutionen oder, wenn man so will, regionale Staaten. Ohne Zweifel wird das Bewußtsein der bestehenden und sich weiter ausprägenden Unterschiede der territorialen Bestandteile des Reiches voneinander nach der Zäsur von 1870 in mehrfacher Hinsicht sogar noch ausgeprägter als vorher. Jetzt nämlich existiert ein einheitliches – wenn auch föderal geprägtes – System, und mit ihm entwickelt sich in kur-

* Aus dem Italienischen übersetzt von Friederike Hausmann.

zer Zeit das Umfeld zur Herausbildung einer ihm gegenüber kontrastiven Identität¹.

Trotz seines föderalen Aufbaus setzt sich im Kaiserreich unzweifelhaft ein wirkliches Zentrum von Anfang an als dominierendes Element durch, als dessen Kehrseite die alten Staaten veranlaßt werden, das Profil ihrer lokalen Eigenheit zu betonen.

Daß im Kaiserreich Regionalismus in erster Linie eine antipreußische Haltung bedeutete, braucht wohl nicht weiter belegt zu werden. Sie gründete sowohl in der Art, wie die deutsche Einigung zustande gekommen war, als auch in der föderalen Struktur, die dem preußischen König die Kaiserwürde und dem preußischen Ministerpräsidenten das Amt des Kanzlers des Bundes vorbehielt.

Auch unter dem Aspekt der territorialen Ausdehnung stellte sich das Reich im übrigen – trotz des spürbaren Gegensatzes zwischen ost- und westelbischen Preußen – als Bund unter der offenbaren, erdrückenden preußischen Übermacht dar. Je mehr im Betrachtungszeitraum die Befugnisse des Reiches gegenüber den verschiedenen regionalstaatlichen Realitäten zunahmen, desto mehr verstärkte sich auch das preußische Übergewicht über das ganze System. Zugleich wuchs die Ausstrahlungskraft der klassischen Mythen, auf denen das preußische Staatsmodell spätestens seit der napoleonischen Zeit basierte, über die Grenzen seiner Entstehung in Ostelbien hinaus: militärische Größe, dynastische Expansion, stark vom Adel geprägter gesellschaftlicher Traditionalismus und institutioneller Autoritarismus. Obwohl die Kompetenzen der zentralen Institutionen gegenüber den Ländern weiter ausgebaut wurden, sollte diese Entwicklung bekanntlich erst in der Weimarer Republik, d.h. nach der Abschaffung der alten regionalen Monarchien, darunter vor allem der preußischen, zum Stillstand kommen².

In einem solchen Kontext konnte Regionalismus nur bedeuten, das Gefühl des Unterschiedes im Vergleich zu den erwähnten Wertvorstellungen und Mythen zum Ausdruck bringen zu wollen. Wenn Berlin deshalb zwar in staatlicher Hinsicht den zentralen Pol des Systems darstellte, so bildete sich doch ein Netz von alternativen, regionalen Polen heraus, das vor allem in Verbänden und Vereinen

¹ Zum Begriff der „kontrastiven Identität“, der vielen Überlegungen des vorliegenden Textes zugrunde liegt, bietet wertvolle Hinweise: *Ugo Fabietti, L'Identità etnica. Storia e critica di un concetto equivoco* (Rom 1995).

² Mit den entsprechenden bibliographischen Hinweisen diskutiert diese Frage: *Dieter Langewiesche, Föderalismus und Zentralismus im deutschen Kaiserreich: Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur* – eine Skizze, im folgenden zitiert: *Langewiesche, Föderalismus*, in: *Oliver Janz, Pierangelo Schiera, Hannes Siegrist* (Hrsg.), *Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich* (Berlin 2000) 79–90, im folgenden zitiert: *Janz, Schiera, Siegrist, Zentralismus*. Ausführlicher als in diesem Text geht Langewiesche auf dieses Thema ein in: *Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation: der Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte*, in: *ders., Georg Schmidt* (Hrsg.), *Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg* (München 2000) 215–241. Ferner *Kurt Düwell, Zwischen Föderalismus, Unitarismus und Zentralismus. Reichsreform und Länderneugliederung in der Weimarer Republik (1918–1933)*, in: *Janz, Schiera, Siegrist, Zentralismus* 215–225.

angesiedelt war, wo sich „naturgemäß“ das Verlangen nach Unabhängigkeit gegenüber dem Autoritarismus der staatlichen Institutionen formulierte.

Hinreichend bekannt ist in dieser Hinsicht das Beispiel Münchens, das sich als Kunststadt ausdrücklich an Paris orientierte. Aber auch allgemeiner kann man meiner Meinung nach von einem dauerhaften Regionalbewußtsein oder besser: regionalen Überlegenheitsgefühl Süddeutschlands gegenüber dem Kaiserreich sprechen, das im wesentlichen als eine Ausdehnung des ostelbischen Preußens über seine historischen Grenzen hinaus verstanden wurde. Deutlich wird diese Einstellung einerseits im Hinblick auf die Kirchen selber, wo eine Art anthropologischer Gegensatz zwischen dem süddeutschen Katholizismus und dem nord- und ostdeutschen Protestantismus aufscheint, andererseits aber auch hinsichtlich der Art und Weise, wie die in diesem Gegensatz verankerten Kirchen sich organisierten. Im dem wichtigen Bereich des landwirtschaftlichen Verbandswesens trat, um nur ein Beispiel zu nennen, ebenfalls ein Gegensatz dieser Art zwischen dem in Ostelbien verwurzelten Bund der Landwirte und den in Süddeutschland am weitesten verbreiteten katholischen Bauernvereinen zutage, der sich zeitweise zum Konflikt steigerte³.

Neben diesen Auseinandersetzungen regionaler Herkunft lassen sich ohne Schwierigkeiten viele andere nennen. Anhand eines neueren tiefgreifenden Aufsatzes von Dieter Langewiesche⁴ wäre beispielsweise zu erwähnen, daß Hamburg sich als erstes Zentrum der sozialdemokratischen Bewegung durchsetzte und diese Rolle bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auch beibehielt. Im gleichen Zeitraum entwickelte sich das westliche Preußen industriell schneller als das östliche, woraus Mentalitätsunterschiede und vor allem eine unterschiedliche Sicht des Verhältnisses von Gesellschaft und Staatsgewalt erwachsen. Im letzteren Fall handelt es sich um die Entstehung eines Regionalbewußtseins, das nicht einfach mit den Grenzen der Länder des Reiches übereinstimmte, sondern sich im Gegenteil innerhalb eines einzelnen, allerdings des größten, Bundesstaates herausbildete und bis dahin unbekannte Konstellationen hervorbrachte. Wie wiederum Langewiesche unterstreicht, war der Norden im allgemeinen weiter entwickelt als der Süden, und daraus entwickelte sich gewissermaßen eine „nordbedingte“ Abweichung der kollektiven Identität, die die Grenzen der einzelnen Bundesstaaten zu überschreiten begann und einem sozusagen überstaatlichen Regionalismus zum Leben verhalf.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich zwar in einzelnen Bereichen regionale Polarisierungen und Gegensätze auch zwischen anderen Staaten herausbildeten, daß Regionalismus aber im Rahmen des Kaiserreichs vor allem in der Form der antipreußischen Selbstbehauptung, d.h. als Eindämmung des „Herrenmenschentums des Ostens“⁵ zum Ausdruck kam. In diese Richtung wirkten sowohl

³ *Langewiesche*, Föderalismus 83.

⁴ *Langewiesche*, Föderalismus.

⁵ *Langewiesche*, Föderalismus 90.

die Institutionen, allen voran der Bundesrat⁶, als auch Aktivitäten starker Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft, die sich zu diesem Zweck auf konfessionelle, politische und kulturelle Identitäten bezogen. Sie wandten sich nicht nur gegen das sozusagen offizielle und dynastische, sondern auch gegen das „zivile“ Preußen, das den Hohenzollern ablehnend gegenüberstand. Selbst in einem Milieu wie dem der Sozialdemokratie, das theoretisch für das Verschwinden lokaler Traditionen als besonders anfällig galt, bildeten sich starke Konfliktpotentiale zwischen den Parteimitgliedern aus Süd- und preußischen Genossen. Die Süddeutschen, die davon überzeugt waren, die entwickeltere politische Kultur zu besitzen, betrachteten die preußischen Genossen als Verfechter einer Organisationsform, die – wenn auch unbewußt – in ihrer autoritären und hierarchischen Konzeption dem vergleichbar war, was man im allgemeinen als Preußentum in seiner monarchisch-staatlichen Form ablehnte⁷.

Im Kaiserreich existierte also sowohl ein Regionalismus der alten Staaten, dem die föderale Struktur des Reiches im übrigen einen günstigen Nährboden bot, als auch ein neuer Regionalismus, der aus der Gesellschaft und ihren Veränderungen erwuchs. Vor allem aber bestand mit dem Preußen der Hohenzollern ein Mittelpunkt, gegenüber dem sich der staatliche oder, wie wir gesehen haben, der wirtschaftliche und gesellschaftliche Regionalismus als alternative Identität leicht abgrenzen konnte. Die Reichsverfassung hatte dafür in institutioneller Hinsicht die Voraussetzung geschaffen, die dann durch die sich tatsächlich entwickelnden Beziehungen zwischen den Ländern verstärkt wurde.

Man könnte leicht der Versuchung verfallen, ähnliche Überlegungen auch für Italien anzustellen, dessen Entwicklung in den ersten Jahrzehnten nach der Einigung von einem Teil der Zeitgenossen als Piemontisierung und Zentralisierung verstanden und von einem großen Teil der Historiker auch in dieser Weise dargestellt worden ist⁸. Ich bin allerdings der Meinung, daß eine Analyse des Problems, die über die rein institutionell-formalen Fakten hinausgeht, ein wesentlich nuancierteres, weniger monolithisches Bild ergibt als die genannten Formeln.

Preußen, die Hohenzollern, Bismarck, der Traditionalismus der grundbesitzenden Elite und der Militarismus, Berlin: Alle Kettenglieder scheinen im Kaiserreich reibungslos ineinanderzugreifen und trotz des „Korrektivs“ der föderalen Verfassung die nicht-preußischen Teile des Reiches zu regionalistische Reaktionen geradezu zu „zwingen“.

Im Königreich Italien existierte ein solches föderales Korrektiv bekanntlich nicht. Im Einheitsstaat wurden nämlich die Strukturen der vorher bestehenden Staaten aufgelöst, und die politischen Pläne eines bedeutenden Teils der politischen Elite, denen in den ersten Jahren nach der Einigung ein nicht-zentralisti-

⁶ Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2 (München 1992) 92.

⁷ Langewiesche, *Föderalismus* 84.

⁸ Ein Überblick dazu gibt: Marco Meriggi, *Tra istituzioni e società: le élites dell'Italia liberale nella storiografia recente*, in: *Le carte e la Storia* 5, Heft 2 (1999) 10–23, im folgenden zitiert: Meriggi, *Istituzioni*.

scher und tendenziell regional aufgebauter Staat vorgeschwebt hatte⁹, waren spätestens 1865 gescheitert. In diesem Jahr traten die Gesetze zur Verwaltungsvereinheitlichung in Kraft, durch die nach französischem Vorbild ein System auf der Basis von Präfekturen eingeführt wurde. Neben der institutionellen Vereinheitlichung und administrativen Zentralisierung bestand in den ersten Jahrzehnten nach der Einigung in der Regierung und in den höchsten Stellen von Militär und Verwaltung ein deutliches Übergewicht von Personal, das im ehemaligen Königreich Sardinien-Piemont und besonders in Piemont seine Karriere begonnen hatte¹⁰. Daraus ließe sich spontan der Schluß ziehen, daß in Italien das ernsthafte Problem der zu geringen Repräsentanz der Peripherien bestanden habe, während das Zentrum eine spezifische staatlich-regionale Überlegenheit zu Lasten der Gebiete besaß, die als Staaten vor der Einheit bestanden hatten und im Königreich Italien aufgegangen waren. Bei genauerer Betrachtung ist ein derartiges Urteil, wie gesagt, nicht wirklich zutreffend¹¹.

Rom, das seit 1871 Hauptstadt des Königreichs war, ist beispielsweise keinesfalls Synonym für die sabaudische Dynastie, obwohl in der ehemaligen Hauptstadt des Kirchenstaates und der katholischen Christenheit Politik und Verwaltung lange Zeit sozusagen piemontesisch sprachen. Rom war zudem nach Turin (1861) und Florenz (1865) bereits die dritte Hauptstadt, in die sich das in vieler Hinsicht noch wenig gefestigte Königreich im Verlauf von nicht einmal zehn Jahren gab. Während im deutschen Kaiserreich Berlin von Anfang an das unverrückbare und in der vorangegangenen Geschichte fest verankerte Zentrum war, wie die Kontinuität der Entwicklung im neuen Kontext der Vielstaatlichkeit der föderalen Struktur bezeugt, erwies sich in Italien das Zentrum als beweglich und vor allem der Tradition der herrschenden Dynastie vollkommen fremd. Die Dynastie war wie entwurzelt und aus dem Zusammenhang gerissen und jedenfalls unfähig, das Übergewicht zu verstärken und zu integrieren, das einerseits die Vertreter des alten Staates gleichsam durch bloßes Beharrungsvermögen in Verwaltung und Militär ausübten, und das gleichzeitig ihre „Männer“, ihre Landsleute im Parlament, d. h. in der Legislative besaßen. Wie hätte sie dazu auch in der Lage sein können angesichts der Tatsache, daß die Region, in der die Dynastie wurzelte, nur ein Siebtel der Fläche des neuen nationalen Territoriums umfaßte und zudem im Zuge des Einigungsprozesses sein historisches „Herzstück“ Savoyen an Frankreich ver-

⁹ Vgl. dazu: *Roberto Ruffilli*, *Governo, Parlamento e correnti politiche nella genesi della legge 20 marzo 1865*, in: *Roberto Ruffilli*, *Istituzioni, società, stato*. Bd. 1. *Il ruolo delle istituzioni amministrative nella formazione dello Stato in Italia* (Bologna 1989) 275–328, mit der dort zitierten Literatur.

¹⁰ Vgl. dazu: *Guido Melis*, *Storia dell'amministrazione italiana 1861–1993* (Bologna 1996); *Raffaele Romanelli* (Hrsg.), *Storia dello stato italiano. Dall'Unità a oggi* (Rom 1995); *Arpad Klimó*, *Staat und Klientel im 19. Jahrhundert. Administrative Eliten in Italien und Preußen im Vergleich 1860–1918* (Köln 1997).

¹¹ Im folgenden beziehe ich mich weitgehend auf: *Ilaria Porciani*, *Lokale Identität – nationale Identität. Die Konstruktion einer doppelten Zugehörigkeit*, in: *Janz, Schiera, Siegrist*, *Zentralismus* 103–133, im folgenden zitiert: *Porciani*, *Identität*.

loren hatte? Der preußische Staat umfaßte dagegen zwei Drittel des Territoriums des deutschen Kaiserreiches.

Wenn einige Jahrzehnte lang Regierung, Verwaltung und Heer weiterhin eine Art den Piemontesen vorbehaltenes „Revier“ blieben, so war das Parlament des neuen Italien von Anfang der wichtigste Ort der Mediation zwischen den lokalen Interessen der verschiedenen Teile des Königreichs, die von den Vertretern der schmalen Schicht der Notabeln, die das Wahlrecht besaßen, in Rom repräsentiert und gestützt wurden¹². Zu oft hat die Geschichtsschreibung, die den Zentralismus und damit auch die Piemontisierung im italienischen Einheitsstaat betonte, meines Erachtens allerdings übersehen, wie sehr diese Institution, die es außer im Königreich Sardinien zuvor nicht gegeben hatte, in der Lage war, den Interessen der territorialen Peripherien Ausdruck zu verleihen. Wie viele neuere Untersuchungen gezeigt haben, wurde das Parlament im politischen Leben Italiens lange Zeit tendenziell mehr als Instrument zur Beilegung lokaler Konflikte als zur Gestaltung einer nationalen Politik verstanden. Als durch die Wahlreformen seit 1882 das System der Notabeln-Elite überwunden wurde und Abgeordnete der Massenparteien im Palazzo Montecitorio in größerer Zahl vertreten waren, ließen sich auch diese besonders anfangs von dieser Haltung anstecken¹³. Wenig später, als nach den sogenannten „Vätern des Vaterlands“ die nächste Generation antrat, verschwand die ursprüngliche piemontesische Hegemonie in Verwaltung und Heer von selbst¹⁴.

Diese Betrachtungen vermitteln das Bild eines Landes, in dem lokale Polarisierungen keineswegs fehlen, die dank institutioneller Möglichkeiten dann aber auch Mittel und Wege finden, um ihnen Ausdruck zu verleihen, trotz des von Staat und Verwaltung angeblichen Zentralismus.

Nicht zufällig haben wir an dieser Stelle ganz allgemein von lokalen und nicht von regionalen Polarisierungen gesprochen, da vor der Einigung Italiens – im Gegensatz zu Deutschland, würde ich sagen¹⁵ – solche Polarisierungen sich vor allem auf der Ebene der Städte und Gemeinden ausdrückten. Unmittelbar vor der Einigung war Italien nämlich noch überwiegend ein Land, in dem die Städte innerhalb der aus unterschiedlichen Regionen gebildeten Staaten auf ihre Autonomie pochten. Das Königreich Sardinien, der Kirchenstaat, das Königreich Lombardo-Venetien und das Königreich beider Sizilien waren aus verschiedenen Regionen zusammengesetzte Staaten, die Herzogtümer Parma, Piacenza, Modena und Reggio dagegen Stadtstaaten. Als unitarisch verfaßter Staat läßt sich vor der Einigung

¹² Meriggi, *Istituzioni*; und jetzt vor allem: *Fulvio Cammarano*, *Storia politica dell'Italia liberale 1861–1901* (Rom 1999).

¹³ *Alberto Mario Banti*, *Storia della borghesia italiana. L'età liberale* (Roma 1996) besonders 193–212; *Maurizio Ridolfi*, *Il PSI e la nascita del partito di massa 1892–1922* (Roma, Bari 1992).

¹⁴ *Sabino Cassese*, *Questione amministrativa e questione meridionale* (Mailand 1977); *Lucio Ceva*, *Le forze armate* (Turin 1985).

¹⁵ *Marco Meriggi, Pierangelo Schiera* (Hrsg.), *Dalla città alla nazione. Borghesie ottocentesche in Italia e in Germania* (Bologna 1993).

nur das Großherzogtum Toskana bezeichnen. Die Regionen, wie wir sie innerhalb des augenblicklich geltenden politisch-administrativen Systems kennen, sind dagegen eine Erfindung der Zeit nach der Einigung; sie entstanden nach 1860 als Bausteine eines von oben, ursprünglich vor allem aus statistischen Gründen entworfenen Plans¹⁶.

Das alles verhinderte im übrigen nicht, daß sich innerhalb der politisch-administrativen Konstruktion des Einheitsstaates bald neue Tendenzen zeigten mit dem Ziel, die Besonderheiten einzelner lokaler Zusammenhänge in den Vordergrund zu rücken. Diese letzteren scheinen aber mehr die Begleiterscheinung eines neuen Geschichtsabschnitts – der Gegenwart – zu sein als die Konsequenz aus der Vergangenheit. Zudem handelt es sich um Spannungen und Forderungen gegenüber dem Ganzen und nicht so sehr um feindselige Reaktionen gegen einen bestimmten Teil.

Dies wird deutlich, wenn man den für die spätere Zeit des liberalen Italien charakteristischen Fall der Lombardei mit ihrem anspruchsvollen, nie zufriedengestellten Regionalbewußtsein heranzieht. Der lombardische Regionalismus artikulierte sich bezeichnenderweise nicht unmittelbar nach der Einigung, sondern um die Jahrhundertwende, also in der Zeit des Übergangs von dem auf eine Klasse gestützten Notablenregime zu einem auf mehrere Klassen gestützten Staat¹⁷, der seine Politik auf die Industrialisierung auszurichten begann.

Zuvor war der Widerstand gegen die Einheitspolitik am deutlichsten im Mezzogiorno zum Ausdruck gekommen, denn hier war die Einbindung in das Königreich Italien zumindest teilweise eher als Vereinnahmung empfunden worden denn als das Erreichen eines selbstgesteckten Ziels. Das Drama des sogenannten Brigantenwesens unmittelbar nach der Einigung läßt sich auch unter diesem Blickwinkel betrachten. Zugleich aber nutzte der Süden die Einbindung in den Einheitsstaat zu internen Gewichtverschiebungen. Ilaria Porciani hat in ihrem grundlegenden Aufsatz, auf den sich unsere Ausführungen im wesentlichen stützen, darauf hingewiesen, daß noch 1870 in den Erdkundebüchern der Schulen Italien gelegentlich nur in Piemont, Lombardei, Emilia, Marken, Umbrien, Toskana, Neapel und Sizilien gegliedert war. Diese vereinfachende Darstellung unterschlug im Norden Ligurien und Venetien, reduzierte aber vor allem den Süden auf den bloßen Gegensatz zwischen Insel und Festland. Es ist deshalb wenig verwunderlich, wenn in den ersten drei Jahrzehnten nach der Einigung in verschiedenen Teilen des Südens immer wieder der Versuch gemacht wurde, eine eigene Identität durchzusetzen, nicht aber – das gilt es zu betonen – gegen Rom, sondern vielmehr

¹⁶ Lucio Gambi, L' „invenzione“ delle regioni italiane, in: Marco Bellabarba, Reinhard Stau-ber (Hrsg.), *Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna/Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit* (Bologna, Berlin 1998) 375–380, mit der dort zitierten Literatur.

¹⁷ Die Begriffe „stato notabile monoclasse“ und „stato pluriclasse“ schlägt vor: Massimo Severo Giannini, *Il pubblico potere. Stati e amministrazione pubbliche* (Bologna 1985).

gegen Neapel; nicht gegenüber der neuen, sondern gegenüber der alten Hauptstadt¹⁸.

Ganz anders liegt, wie gesagt, der Fall der Lombardei. Um die Jahrhundertwende entspann sich zwischen dem ehemaligen „Staat Mailand“ und der Zentralregierung eine Auseinandersetzung vor allem um die Militär- und Steuerpolitik der Regierung Crispi, gegen die sich ein Bündnis verschiedener, scheinbar unvereinbarer gesellschaftlicher Kräfte aus Industriellen, Katholiken und Sozialisten formierte¹⁹. In dieser Situation erwies sich die alte Vertretung territorialer Interessen durch die Notabeln als völlig unzureichend angesichts der Herausbildung komplexer, höchstens als ökonomisch-korporativistisch zu bezeichnender Interessenlagen. Dagegen formierte sich hier zum ersten Mal ein Regionalismus, wie wir ihn dann im 20. Jahrhundert bis heute immer wieder antreffen. Er bringt die Interessen der ökonomisch entwickeltsten Teile des Landes zum Ausdruck, d. h. die einer Industrieregion, die sich gegen die für den Zentralstaat typische bürokratische *ratio* und seine Umverteilungspolitik zur Wehr setzt. Dieser Regionalismus postuliert teilweise eine „anthropologische“ Überlegenheit der Träger des eigenen Wirtschaftssystems gegenüber dem nationalen System oder besser gegenüber der Welt der Politik, die man der Wirtschaft einerseits, der lokalen Verwaltung andererseits entgegenstellt. Bei anderer Gelegenheit nutzt man die Standortvorteile, um weitere Ressourcen zur Unterstützung des lokalen Wirtschaftswachstums herauszuschlagen²⁰.

Seit sich Mailand gegen Ende des 19. Jahrhunderts selbst zur „moralischen Hauptstadt“ Italiens erklärte, entwickelte sich ein bis zum Ende der 20er Jahre andauernder Prozeß, der zur Herausbildung eines Gegenpols führte, der sich nicht gegenüber Rom als politischer Hauptstadt abgrenzte, sondern in einem viel weiteren Sinn gegen die Meridionalisierung der öffentlichen Verwaltung, d. h. der staatlichen Bürokratie, die die Piemontisierung der ersten 40 Jahre nach der Einigung ablöste. Von diesem Zeitpunkt an lernte Italien – metaphorisch gesprochen – einerseits einen sozusagen gesellschaftlich-ökonomischen Regionalismus kennen, der sich von der Lombardei, dem Zentrum des Industriedreiecks immer weiter auf die angrenzenden Gebiete ausbreitete, und andererseits einen staatlich-bürokratischen Regionalismus in der Form der starken Identifizierung des Südens mit dem Staat, wobei Sizilien teilweise eine Ausnahme bildete.

Wie wir gesehen haben, hat sich in dem hier behandelten Zeitraum die Bedeutung des Lokalismus allmählich verändert. Wenn am Ausgangspunkt die alten, vornationalen Staaten standen, führte das zuletzt Entwickelte zu neuen Formen regionaler Zusammengehörigkeit, die der Geschichte nach der Einigung angehören. In diesem Zusammenhang, so meine ich, kann der Vergleich zwischen Deutschland und Italien neue interessante Erkenntnisse bringen, wenn man die

¹⁸ *Ilaria Porciani*, Identität 127.

¹⁹ Vgl. dazu neuerdings zusammenfassend: *Marco Meriggi*, Breve storia dell'Italia settentrionale. Dall'Ottocento a oggi (Rom 1996) besonders 73–78, im folgenden zitiert: *Meriggi*, Breve Storia.

²⁰ *Meriggi*, Breve Storia.

Zeit nach der Zäsur durch den Ersten Weltkrieg und die Diktatur betrachtet. Am Rande sei bemerkt, daß unter der Diktatur in beiden Ländern die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Nation und Region widersprüchlich waren, obgleich sowohl Nationalsozialismus als auch Faschismus offiziell mit Nachdruck die Einebnung dieses Widerspruchs behaupteten und mit dem Mittel der Gleichschaltung geltend zu machen versuchten²¹.

In der Nachkriegszeit treten in unserem Zusammenhang in der Bundesrepublik das Verschwinden des Preußentums und die starke Betonung des Regionalen bei der Gründung der Bundesrepublik in den Vordergrund. Schon in der Weimarer Republik war der Einfluß Preußens als Folge der Reichsreform bekanntlich etwas in den Hintergrund getreten. Unter dem Nationalsozialismus war diese Entwicklung allerdings teilweise wieder zurückgenommen worden. Preußen verschwand bekanntlich nicht völlig von der Bildfläche, blieb aber – jedenfalls für den Zeitraum, mit dem wir uns hier beschäftigen – ganz ein Problem der DDR, was die Entstehung eines territorialen Pluralismus im politischen und kulturellen Leben der Bundesrepublik erleichterte. Es hatte aber die Durchsetzung eines Regionalismus im neuen Deutschland schon als programmatisches Ziel eines Großteils der Bevölkerung gegolten, da man ihn als mögliches und wünschenswertes Gegenmittel gegen den staatlichen Zentralismus betrachtete, der sich unter dem Nationalsozialismus ohne weiteres mit der Diktatur identifiziert hatte²².

Auch im postfaschistischen Italien erblickte man in den Regionen, deren Einrichtung der Verfassungsgeber als autonome Subjekte innerhalb des politisch-administrativen Systems der Republik vorsah, wesentliche Instrumente zum Aufbau der Demokratie. Man war der Überzeugung, daß sie ganz von selbst die Annäherung zwischen der „Masse“ der Bürger und den staatlichen Institutionen ermöglichen würden, die im liberalen Italien nicht gelungen war und die das faschistische Regime bewußt unterdrückt hatte.

Diese neue Phase eines sozusagen institutionellen, von oben vorgegebenen Regionalismus, der sich damit sowohl von dem Regionalismus der vorunitarischen Staaten in den ersten Jahrzehnten nach der Nationalstaatsbildung als auch von dem durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen geprägten Regionalismus der Gründerzeit unterschied, trug jedoch bekanntlich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland Früchte. Hier traf er nämlich auf einen bodenständigen Regionalismus. In Italien dagegen wurde die in der Verfassung von 1946 vorgesehene Einrichtung der Regionen erst viel später verwirklicht. Die ersten Wahlen zur Bildung der Regionalräte (*Consigli regionali*) fanden erst 1970 statt, also jenseits unseres Betrachtungszeitraums. Die Gründe für diesen „verspäteten Auf-

²¹ Für Deutschland: *Gustavo Corni*, Zentralismus und Lokalismus in der deutschen Landwirtschaft zwischen den beiden Weltkriegen, in: *Janz, Schiera, Siegrist*, Zentralismus 185–214; *Hans Mommsen*, Reichsreform und Regionalgewalten – Das Phantom der Mittelinstanz 1933–1945, in: *Janz, Schiera, Siegrist*, Zentralismus 227–237; für Italien: *Stefano Cavazza*, *Piccole patrie. Feste popolari tra regione e nazione durante il fascismo* (Bologna 1997).

²² *Christoph Kleßmann*, Thesen zur Rolle von Zentralismus und Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, in: *Janz, Schiera, Siegrist*, Zentralismus 263–273.

bruch“ liegen bekanntermaßen in einem Regionalismus „von unten“, der, politisch getragen vor allem von Kommunisten und Sozialisten, in Teilen Mittel- und Oberitaliens entstanden war²³. Dazu gehört die Emilia Romagna, die aus denjenigen Territorien hervorgegangen war, die vor der Einigung die Herzogtümer Parma, Piacenza, Modena und Reggio und Teile der päpstlichen Legationen umfaßt hatten; außerdem die Toskana, ungefähr in den Grenzen des ehemaligen Großherzogtums, und zuletzt Umbrien, ehemals Teil des Kirchenstaates. In der Epoche des Kalten Krieges und der Konfrontation der Blöcke hielten die Regierenden in Rom jedoch die Inkraftsetzung der Regionalstatute für viel zu gefährlich und verzögerten sie nach Kräften.

Dieser neue Regionalismus ist praktisch nicht zu vergleichen mit den Grundelementen jenes Regionalismus, wie er mit den genannten Einschränkungen in den ersten Jahrzehnten nach der Einigung noch spürbar war. Das Beispiel der sogenannten „roten“ Regionen bietet vielmehr ein besonders gutes Beispiel dafür, wie dehnbar das Paradigma Lokalismus/Regionalismus sein kann, wie sehr es sich im Laufe der Zeit erneuern und ändern kann, und, je nach der jeweiligen historischen Dynamik, als Instrument zur Analyse unterschiedlicher gesellschaftlicher Prozesse und Gebiete unterschiedlichen Umfangs genutzt werden kann.

Abgesehen von den hier getroffenen, bloß vorläufigen Schlußfolgerungen liegt meiner Ansicht nach die tiefere Bedeutung der Regionalismen – angesichts der Vielfalt der dargestellten Beispiele fällt es mir schwer, den Begriff im Singular zu verwenden – in der Geschichte Deutschlands und Italiens als Nationalstaaten gerade in dieser außerordentlichen Flexibilität. Sie sind nämlich offenbar nicht oder nicht nur Relikt der Vergangenheit, und ebensowenig nur Ausweg oder Weiterentwicklung der heute immer spürbareren Krise des Nationalstaats, sondern dauerhafter Ausdruck von Interessen einzelner Teile des nationalen Territoriums – in, wie wir gesehen haben, wechselnder Mischung von geographischen, ideologischen und kulturellen Momenten. Diese Regionalismen wenden sich zum einen gegen ein dominierendes Zentrum, beispielsweise das Berlin des Kaiserreichs, zum anderen gegen die Zugehörigkeit zum Nationalstaat als solchem. Sie bilden, mit anderen Worten, die wesentliche Voraussetzung für jene „doppelte“ Loyalität und „doppelte“ Existenz als Bürger im lokalen und staatlichen Rahmen, die wir gegenwärtig wiederentdecken, ja sie manchmal ganz neu zu erfinden glauben, die aber in Wirklichkeit nie aufgehört hat, ein Grundelement der Geschichte des Jahrhunderts von 1860–1960 und der folgenden Jahrzehnte zu sein.

²³ *Umberto Allegritti*, Zentralismus und Föderalismus im republikanischen Italien, in: *Janz, Schiera, Siegrist*, Zentralismus 253–262.